

presse

Neuen Krippengipfel einberufen statt Wegducken vor Herausforderungen

Anlässlich des heute in 1. Lesung beratenen Antrags der SPD-Bundestagsfraktion "Neuen Krippengipfel einberufen - Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung voranbringen", erklärt die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks:

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Einberufung eines neuen Krippengipfels, nachdem der letzte Gipfel bereits vier Jahre zurückliegt. Dabei muss Ziel sein, konkrete Maßnahmen für einen nationalen Bildungspakt im Bereich frühkindliche Bildung sowie für eine Fachkräfteoffensive zu verabreden. Es ist zudem dringend zu klären, wie hoch der tatsächliche Bedarf an Angeboten der frühkindlichen Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren ist. Die bundesdurchschnittliche Betreuungsquote von 35 Prozent, die bis 2013 erreicht werden soll, gilt als überholt.

Zahlreiche Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen deutlich höher ausfällt als die Bundesregierung bislang annimmt. Insbesondere in städtischen Regionen dürfte der Bedarf auf 40 bis 60 Prozent steigen. Handlungsbedarf besteht auch beim weiteren Ausbau der Qualität und bei der Gewinnung von pädagogischen Fachkräften.

Der Ausbau der Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren ist eines der wichtigsten sozial- und familienpolitischen Vorhaben dieses Jahrzehnts. Wenn der Fachkräftebedarf von heute und morgen bewältigt werden soll, sind der flächendeckende Ausbau von Betreuungsplätzen und die Realisierung des Rechtsanspruchs ab 2013 unerlässlich. Nur so gelingt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es ist fatal, dass nach wie vor zahlreiche Eltern auf einen Krippenplatz warten.

Die zuständige Bundesfamilienministerin Schröder aber ignoriert diese Herausforderungen beständig und lehnt einen Krippengipfel ab. Auch die

Bundeskanzlerin wird nicht müde zu beteuern, dass es keinen Anlass zur Sorge gebe und ein Nachsteuern nicht nötig sei. Doch dies ist nichts anderes als Wegducken vor der Realität. Die Bundesregierung muss jetzt endlich handeln und alle Beteiligten zu einem weiteren Krippengipfel an einen Tisch holen.